

## Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
 EHRENVORSITZENDER DER  
 KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.

14. Mai 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

# „Warum sollte ein Politiker in Heidelberg Geschichte studieren?“

FREUNDESKREIS DES HISTORISCHEN SEMINARS DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung – sie ehrt und freut mich!

In dieser traditionsreichen Aula, in der ich als Student zu Füßen vieler bedeutender Gelehrter gesessen habe – zum Beispiel von Walter Jellinek, dem großen Verfassungsjuristen, der auf die Stunde genau in jedem Semester zur selben Minute den gleichen Witz zu machen pflegte –, einmal selbst zu Wort zu kommen, das habe ich mir nicht vorstellen können.

Warum sollte ein Politiker in Heidelberg Geschichte studieren? Oder auch Politische Wissenschaft? Ich möchte Ihnen schildern, warum ich 1953 mein Studium an dieser Universität begonnen habe. Was ein Studium in Heidelberg ausmacht, wie ich ganz unerwartet zur Politik gekommen bin und auf was es – mir zumindest – in der Politik ankommt. Dem Wunsch von Professor Maisen entsprechend werde ich auch kurz auf mein „Abenteuer Thüringen“ eingehen. Um es bereits jetzt vorweg zu nehmen: In Heidelberg studieren, heißt, sich auf ein erfülltes Leben vorzubereiten.

Ich spreche zu Ihnen als Zeitzeuge. Obwohl ich mir natürlich bewusst bin, dass sich Zeitzeugen notwendiger Weise mit Historikern im Konflikt befinden müssen. Zeitzeugen berichten, was Sie erlebt haben, Historiker wollen erforschen, wie es gewesen ist. „Die jeweils eigene Zeit bleibt der wissenschaftlichen Erkenntnis nur in begrenzter Weise zugänglich“, schreibt zu Recht Andre-

as Wirsching in seiner jüngsten „Geschichte Europas aus unserer Zeit“ (C. H. Beck, München 2012). „Eigene Wege sind schwer zu beschreiten; sie entstehen ja erst beim Gehen“, meint zu Recht der Liedermacher und Philosoph Heinz-Rudolf Kunze. Genau das ist meine Erfahrung und dennoch erlaube ich mir – wenn auch ein wenig mit Unbehagen –, auf meinen eigenen Lebensweg einzugehen, ohne ihn beschönigen oder rechtfertigen zu wollen.

An einem Novembertag des Jahres 1953 kam ich in Heidelberg an, am alten Bahnhof, damals noch ein Kopfbahnhof, die Züge nach Mosbach durchfahren den heutigen Straßentunnel. Ich bezog ein Zimmer in der Bahnhofstraße, als Untermieter eines pensionierten Lokomotivführers, für vierzig D-Mark Miete im Monat. Soviel verdiente ich mir mit der Betreuung von Schülern eines Kinderhortes im Heidelberger Pfaffengrund.

Ich hatte in München Abitur gemacht und wollte von zu Hause weg. Ich hatte mir in den Kopf gesetzt, Soziologie zu studieren. In Heidelberg lebte und lehrte noch der Nestor der deutschen Soziologie, Alfred Weber, über 85-jährig. In der Bachstraße 24 hatte er in einer kleinen Dachgeschosswohnung die nationalsozialistische Zeit überstanden. Zusammen mit Else Jaffé, die auch im Leben seines Bruders, Max Weber, eine wichtige Rolle gespielt hat. Mein Vater hielt die Soziologie für eine brotlose Kunst und bestand darauf, dass ich auch ein volkswirtschaftliches Diplom machen müsse. Nationalökonomie, wie das Fach damals noch hieß.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Universität zählte knapp 5.000 Studenten und von ihr waren nach Ende des nationalsozialistischen Unrechtsstaates entscheidende Impulse zur Erneuerung der deutschen Wissenschaft, insbesondere der Geisteswissenschaften ausgegangen. Die heute älteste deutsche Universität wollte an ihre große Tradition anknüpfen.

Vor allem Alfred Weber – 1933 vorzeitig zwangsweise emeritiert – unmittelbarer Anlass war, dass er dem Hausmeister angewiesen hatte, die Hakenkreuzfahne wieder vom Dach seines Institutes, dem InSoSta, dem Palais Weimar zu entfernen – entwickelte größte Aktivitäten und sorgte unter anderem dafür, dass die 1934 gegen seinen Willen neu errichtete Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sofort wieder aufgelöst und wieder in die Philosophische Fakultät zurückgeführt wurde. Das 1924 errichtete „Institut für Sozial- und Staatswissenschaften“, das InSoSta, wurde wieder Teil seiner alten Fakultät. Gegen heftigen Widerstand der aus dem Krieg zurückgekehrten Studenten hatte Weber erreicht, dass das Fach Betriebswirtschaftslehre nicht mehr an der Universität gelehrt wurde, sondern Mannheim und der dortigen Hochschule vorbehalten blieb. 1948 wurde das InSoSta aus Anlass seines 80. Geburtstages in Alfred-Weber-Institut umbenannt.

Als ich mein Studium begann, lehrten in der Geschichte einer Reihe hervorragende Professoren. Auf dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte, hatte man 1957 Werner Conze berufen, einen Gelehrten von Rang. Er verfolgte das Ziel, den Schwerpunkt der Geschichte auf die Sozialgeschichte zu verlagern. Er vertrat die Auffassung, dass sich die historischen Prozesse seit der Industrialisierung nur aus einer umfassenden Betrachtung aller gesellschaftlichen Faktoren verstehen lassen. Ein Gelehrter, der uns begeisterte und dessen ungewöhnlicher Fleiß uns beeindruckte. Ich erinnere mich an eine Zugfahrt mit ihm nach Wolfsburg. Er reiste mit einem großen Koffer voller Bücher, die er in ungewöhnlicher Geschwindigkeit zur Vorbereitung seiner nächsten Vorlesung nutzte. Werner Conze hat mich im Rigorosum geprüft, ich musste eine la-

teinische Urkunde aus der Zeit der Ottonen übersetzen.

Conze fand unter den Historikern der fünfziger und sechziger Jahre großen Anklang und bildete wohl die einflussreichste historische Schule der Nachkriegszeit.

Wir alle hatten große Hochachtung vor ihm. Obwohl wir wussten, dass er in Königsberg bei Hans Rothfels promoviert hatte, kam nach meiner Erinnerung niemand auf die Idee, nach den Inhalten seiner früheren Publikationen zu fragen. Auch von Reinhart Koselleck, seinem begabtesten und bald erfolgreichsten Assistenten, ist mir kein kritisches Wort in Erinnerung. Heute ist mir das unverständlich. Kosellecks großes Lexikon über die Grundbegriffe der Geschichte zusammen mit Conze und Brunner entstand schon in Heidelberg, bevor er 1966 Professor in Bochum wurde, 1968 nach Heidelberg zurückkehrte und schließlich nach Bielefeld berufen wurde.

Überragend war die Gestalt von Fritz Ernst, dem mittelalterlichen Historiker, bei dem u. a. Helmut Kohl studierte. Promoviert hat Kohl allerdings nach dem Freitod von Ernst bei Walter Peter Fuchs, dem er sein Leben lang freundschaftlich verbunden blieb. Bei Ernsts Assistent, Karl Ferdinand Werner, habe ich ein mittelalterliches Proseminar belegt und mich notgedrungen mit Heraldik befasst. Werner war später für lange Jahre überaus erfolgreich der Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Paris.

Schwierig war der Umgang mit Johannes Kühn – einem Onkel Kosellecks. Er kam aus Leipzig nach Heidelberg und faszinierte mit seiner Darstellung der europäischen und vor allem deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert. Er mochte uns nicht und hatte große Vorbehalte gegen alles, was vom Alfred-Weber-Institut und von uns Politischen Wissenschaftlern kam. Mancher musste den Versuch, bei ihm zur Prüfung zugelassen zu werden, bitter büßen, auch Heinz Markmann scheiterte mit seiner Habilitation an seinem Einspruch.

Auch die Juristische Fakultät genoss in den fünfziger Jahren internationalen Ruf. Sie hat

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

mich allerdings weniger angezogen, als die evangelisch-theologische Fakultät. Dort wirkten unter anderem die Brüder Bornkamm im Alten beziehungsweise im Neuen Testament. Und dort lehrte Wilhelm Hahn praktische Theologie. Er wurde in den sechziger Jahren Rektor der Universität. Als ich zum Assistenten bestellt, für kurze Zeit Beamter auf Widerruf wurde, überreichte er mir die Ernennungsurkunde. Gerüchte in einer Heidelberger Lokalzeitung aufgreifend, riet er mir: „Gehen Sie nicht in die Politik. Ich werde es auch nicht tun.“ Ein paar Jahre später trafen wir uns in der Kultusministerkonferenz wieder. Er für Baden-Württemberg, ich für Rheinland-Pfalz.

Die beiden philosophischen Lehrstühle waren mit Hans-Georg Gadamer und Karl Löwith besetzt, der bei Heidegger habilitiert hatte und in Japan und später in den USA überlebte und gerade sein Buch „Von Hegel zu Nietzsche“ publiziert hatte. Hans-Georg Gadamer folgte in Heidelberg Karl Jaspers nach. Auch sie haben wir gehört und auch sie haben uns in ihren Bann geschlagen.

Erich Preiser lehrte Volkswirtschaftstheorie – „die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung“ – bevor er später leider nach München ging. Und Alexander Rüstow, der im Exil in Ankara überlebt und dort sein dreibändiges monumentales Werk „Ortbestimmung der Gegenwart“ verfasst hatte, war schon zum Nachfolger Alfred Webers berufen.

Die wieder neubegründete Politische Wissenschaft vertrat Carl Joachim Friedrich. Ein Deutscher, der in den zwanziger Jahren bei Alfred Weber promoviert hatte und schon Mitte der zwanziger Jahren im Anschluss an einen Forschungsaufenthalt in den USA geblieben war. 1945 kam er in der Uniform eines amerikanischen Offiziers nach Deutschland zurück, ein maßgeblicher Berater der ersten beiden hohen Kommissare, und lehrte ab 1950 zunächst als Gastprofessor, schließlich ab 1956 als persönlicher Ordinarius. Im Winter in Harvard, im Sommer in Heidelberg. Zu seiner Zeit einer der weltweit bedeutendsten und profiliertesten Gelehrten unseres Faches. Sein fundamentales Werk „Der Verfassungsstaat der Neu-

zeit“ steht noch heute griffbereit in meinem Bücherregal.

Ich habe Friedrich hoch geschätzt, aber eine gewisse Distanz zu seiner Person und seinem profunden Wissen nie ganz überwunden. Klaus von Beyme wurde sein kongenialer Assistent und hat es ihm später auch auf internationalem Parkett gleichgetan.

Hingezogen fühlte ich mich von Anfang an zu Dolf Sternberger, dem liberalen Gelehrten und Publizisten, der von der alten Frankfurter Zeitung kam und mit seiner jüdischen Frau unter schwierigsten Bedingungen in Deutschland überlebt hatte, der schon 1947 einen Lehrauftrag für Politik erhielt und Anfang der fünfziger Jahre mit einem von der Rockefeller Foundation unterstützten Forschungsseminar begonnen hatte, zunächst das „Wesen der Parteifraktionen“ empirisch zu erforschen. Götz Roth, später einer der ersten Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, zunächst in Ebenhausen, heute in Berlin, Bruno Dechamps, später Herausgeber der F.A.Z., Hans Heigert, nachmals Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Rudolf Wildenmann, danach Professor an der Universität Mannheim, und Heinz Markmann, später Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, gehörten ihm unter anderem an. 1953 begann ein neues Projekt über die „Natur der Opposition im Vielparteienstaat“ und viele weitere Projekte folgten. Eine Fülle von Doktorarbeiten und von wissenschaftlichen Publikationen entstanden. Ende 1955 wurde Sternberger Honorarprofessor und nach Überwindung größter Schwierigkeiten 1962 zum zweiten Ordinarius für Politische Wissenschaft berufen. Er wurde mein eigentlicher Lehrer und in vieler Hinsicht zu meinem Vorbild.

Ohne, dass jemand nach Scheinen oder Vorexamen fragte, wurde ich sehr bald Mitglied dieser Forschungsgruppe und auch Alfred Webers allerletzter Hilfsassistent. Ich musste für ihn Bücher herbeischaffen, ihn in seine wöchentliche Sprechstunde begleiten, mit den Referenten ihre Seminarbeiträge vorbereiten und sie trösten, wenn Weber zu heftiger Kritik an ihren Elaboraten übte.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

In Sternbergers Seminar war noch etwas von der großen Epoche der Heidelberger Universität der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre zu spüren und von seinem Versuch, die Gelehrte Republik lebendig zu halten. Wir kamen aus den unterschiedlichsten Disziplinen: Historiker, Soziologen, Philosophen, Juristen, Theologen und eben auch Politische Wissenschaftler. Die Vielfalt der Fächer war erwünscht und machte den eigentlichen Reiz dieses Seminars aus. In diesem Seminar haben sich für mich Politische Wissenschaft, Geschichte und Philosophie zusammengefügt, und ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass man sie nicht unnatürlicher Weise voneinander trennen sollte. Es geht nicht ohne Aristoteles, Augustinus und Machiavelli, es geht nicht ohne Thomas von Aquin und Kant, es geht nicht ohne Herodot, Tacitus, ohne Mommsen und Jacob Burckhardt. Jedenfalls dann nicht, wenn man der Frage nachgehen will, ob und wie man aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen kann. Dort gewann mein Studium eine Breite, die mir mein Leben lang zu Gute kommen sollte. Verglichen mit Heute erscheint das Seminar als ferne Idylle. Der Kreis war klein, wir trugen Zwischenbilanzen unserer eigenen Forschungsarbeit vor, nach Scheinen oder Examen frug niemand. Von Zeit zu Zeit wurden Gelehrte auch anderer Fakultäten eingeladen, Hannah Arendt zum Beispiel, die wie Sternberger in Heidelberg in den zwanziger Jahren studiert hatte.

Ich weiß und ich akzeptiere auch, dass so etwas heute, wo nicht vier sondern fast vierzig Prozent eines Jahrgangs an deutschen Hochschulen studieren, nicht mehr möglich ist. Ich akzeptiere sogar – wenn auch schweren Herzens –, dass heute Bachelor- und Masterstudiengänge unumgänglich sind, aber daran, wie es in meiner Studienzeit gewesen ist, möchte ich gleichwohl erinnern. Wir hatten die Möglichkeit kreuz und quer durch die uns interessierenden Disziplinen zu studieren. Unserer Neugierde zu folgen. Das war nicht ungefährlich, man konnte dabei auch scheitern, ohne dass uns jemand auffing. Und mancher ist tatsächlich gescheitert.

Friedrich und Sternberger rieten vom Eintritt in eine Partei entschieden ab. Wollte man Politik als Wissenschaft betreiben, sollte man selbst nicht einer Partei angehören. Ich folgte ihrem Rat, übernahm nach der Promotion einen Lehrauftrag und begann an die Habilitation zu denken. Auf die Idee, Politiker zu werden, bin ich nicht gekommen.

Ein gleichaltriger Kfz-Mechaniker überredete mich, für den Heidelberger Stadtrat zu kandidieren und folglich auch in seine Partei, die CDU, einzutreten. Wenn schon, kam nur sie für mich in Frage. Schon als Schüler hatte mich die Persönlichkeit Konrad Adenauers begeistert und ich hatte mich sehr frühzeitig intensiv mit der Christlichen Sozialethik – der Katholischen Soziallehre und der Evangelischen Soziallehre – befasst. Das 'C' war mir Herausforderung, nicht Anspruch. Sternberger beichtete ich meine ja nur lässliche Sünde. Ein Stadtratsmandat war ja nur ein kleines nebenamtliches Ehrenamt. Die Gefahr, parteilich zu werden, hielt sich in Grenzen.

Aber es kam anders: Teilnehmer an einem Seminar, das ich für Arbeitnehmer großer Ludwigshafener und Mannheimer Betriebe zur Christlichen Soziallehre abhielt, und womit ich mir mein erstes Einkommen verdiente, kamen und meinten, wenn ich schon so kluge Reden über die Soziale Marktwirtschaft hielte, könnte ich doch auch für sie zum Bundestag kandidieren. Vier Jahre Bundestag, eine Legislaturperiode Praxiserfahrung – das reizte mich. Ich habe kandidiert und wurde sogar gewählt. Als zwei Jahre später in Mainz eine neue Regierung gebildet wurde, forderte mich Helmut Kohl auf, Kultusminister im Kabinett von Peter Altmeier zu werden. So etwas lehnt man mit 34 Jahren nicht ab. Zehn stürmische Jahre begannen für mich, die 68er Jahre. Wir Kultusminister waren die Prügelknaben der Nation mit einer meist nur sehr kurzen Verweildauer.

1974 habe ich mich dann erstmals von mir aus um ein politisches Amt beworben. Um den Parteivorsitz der CDU in Rheinland-Pfalz, nachdem Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war. Die Konsequenz daraus war, dass ich 1976 Helmut

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Kohl, der als Oppositionsführer nach Bonn ging, auch als Ministerpräsident nachfolgte. Für zwölf Jahre, bis zu meiner Niederlage bei der erneuten Kandidatur um den Parteivorsitz in Koblenz 1988, nach der ich auch als Ministerpräsident zurücktrat. Die Wunden, die diese Niederlage schlug, sind verheilt, aber die Narben sind geblieben.

Dass ich gut drei Jahre später Ministerpräsident von Thüringen wurde, ist nicht mein Verdienst. Der Fall der Mauer und die singuläre Situation in den wiedererstehenden jungen ostdeutschen Ländern war der Grund. Man bat mich um Hilfe und ich wollte helfen. Sechzig Jahre hatte ich – unverdienter Weise – auf der Sonnenseite Deutschlands gelebt. Wenn ich jetzt im Osten gebraucht wurde, durfte es kein Zögern geben. Das größte Abenteuer meines Lebens begann und es sollte über elf Jahre dauern und mich und meine Spiritualität und vieles, was ich bisher gelernt hatte, auf viele harte Proben stellen.

Ich kannte drei oder vier Thüringer mit Namen. Anders als 1945 im Westen Deutschlands, gab es niemanden mehr, der eigene Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik einbringen konnte. Juristen in unserem Sinne gab es nicht. Kabinette mussten aus Physikern, Mathematikern, Tierärzten und evangelischen Pfarrern gebildet werden. Das Telefonieren war anfangs schwieriger als das Regieren. Bücher, wie man aus Kapitalismus Marxismus machte, gab es zuhauf, aber solche, wie man sozialistische Planwirtschaft zu Sozialer Marktwirtschaft umbaut, mussten erst geschrieben werden. Drei von vier Arbeitnehmern verloren von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz. Die letzte Autobahn war vor dem Krieg begonnen worden. Die Bereitschaft der Menschen anzupacken war bewundernswert, und viele aus dem Westen kamen, weil sie helfen wollten. Natürlich waren auch schwarze Schafe darunter, die den Ruf der Helfer belasteten. Heute lassen sich die lange vorausgesagten blühenden Landschaften finden – und sie wecken bei westdeutschen Besuchern oft mehr Neid als Bewunderung. Zum Beispiel bei Oberbürgermeistern aus dem Ruhrgebiet. Joachim Gauck hat Recht, der

schon vor Jahren gesagt hat, wir haben Grund zur wechselseitigen Dankbarkeit!

Um was geht es mir in der Politik?

„Politik ist die Kunst des Möglichen“, lautet ein geflügeltes, wohl auf Bismarck zurückgehendes Wort. Das heißt, Politik ist eine Kunst, nicht weil sie Unmögliches, sehr wohl aber, weil sie Mögliches, wenn mitunter auch Schwieriges, möglich machen soll.

„Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede. Frieden herzustellen, zu stärken und freilich auch zu verteidigen ist Politik.“ (Dolf Sternberger, Begriff des politischen Band IV, Seite 304) Das Wesen des Friedens ist es, Streit zu regeln, nicht den Streit abzuschaffen, sondern vielmehr, ihn zu schlichten, Frieden zu bewahren und zu verteidigen. Konflikte sollen – und wir hören diese Wendung fast täglich – politisch gelöst werden, durch Verhandlung und nicht durch wechselseitiges Sich-tot-Schlagen. Der Staat, wenn er als Gemeinwesen glückt, ist der Ort des verwirklichten Friedens. Der Frieden beruht auf vertraglichen Vereinbarungen, nicht auf Herrschaft.

Darum habe ich mich auf die Politik eingelassen, auch weil ich dankbar dafür bin, in dieser Zeit und in dieses Land hinein geboren worden zu sein. Ich möchte in keiner anderen Zeit leben. Man muss sich nicht schämen, sich auf das vermeintlich schmutzige Geschäft der Politik einzulassen. Ehrenamtlich im Gemeinderat oder im Kreistag, oder gar hauptamtlich in Land und Bund. Auch wenn Politik und Politiker – zumal in Deutschland – im schlechten Ruf stehen, in beschämend schlechtem Ruf. Feuerwehrleuten, Krankenschwestern, Piloten und Apothekern vertrauen die Deutschen am meisten. Auf die letzten Plätze kommen Finanzberater, Fußballer, Autoverkäufer und Politiker. Ich meine nicht trotzdem, sondern gerade deswegen muss man sich einlassen.

Was heißt, sich auf Politik einzulassen? Es heißt in Deutschland konkret, sich zum Grundgesetz zu bekennen, zu seinem Kernsatz, dem ersten Satz des ersten Artikels – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und „sie zu achten und zu schützen ist Ver-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

pflichtung aller staatlichen Gewalt“ – und zu den daraus hergeleiteten Grundrechten. Das ist unsere Antwort auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber auch auf den Unrechtsstaat der DDR. Auf Politik sich einlassen heißt aber auch, sich zum Föderalismus, dem heute so ungeliebten, zu bekennen, das parlamentarische Regierungssystem zu akzeptieren, mit dem wir Folgerungen aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen haben, heißt Bundesverfassungsgericht, heißt, dass Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken und dass sie verboten werden können, wenn sie „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“. (Artikel 21)

Hoffentlich gelingt es, dies der NPD nachzuweisen und ein Verbot zu erreichen.

Wir brauchen politische Parteien, jeder nimmt ihre Dienste ganz selbstverständlich täglich in Anspruch, aber die Zahl derer, die bereit sind, in ihnen mitzuarbeiten, geht stetig weiter zurück. Zu ihren Aufgaben gehört es, Führungspersonal zu rekrutieren und heranzubilden, Kandidaten für öffentliche Ämter zu benennen, für sie um Mehrheiten zu werben, sie im Amt zu unterstützen. Zu ihren Aufgaben gehört es auch, darzulegen, wie es weitergehen soll, was ihre Ziele sind und wie sie erreicht werden sollen. Sie müssen ihr Programm formulieren, sie müssen sich voneinander unterscheiden. Parteien müssen sich streiten, müssen um Wählerstimmen kämpfen, nahe bei den Menschen sein. Man kämpft gegen die gegnerische Partei. Aber ich habe auch erfahren, dass man mitunter unter seiner eigenen Partei mehr leiden kann, als unter der Konkurrenz. Manchen Erfolg erringt sie nicht, weil sie besser ist, sondern weil wir so dusselig waren, den eigenen Sieg zu verspielen.

Politik heißt Entscheidungen treffen. Viel häufiger als man meint, geht es gar nicht um richtig oder falsch, es muss nur entschieden werden. Aber es geht natürlich auch um sehr grundsätzliche, oft auch ethische Fragen.

Ein Politiker sollte Kenntnis der Vergangenheit, Gespür für zukunftssträchtige Entwicklungen, schöpferische Kombinationsgabe, Tatkraft und Mut, aber auch die Fähigkeit zur Koordination, zur Unterscheidung, zum Ausgleich der Interessen haben. Er braucht Augenmaß, Leidenschaft und Verantwortung, vor allem Vertrauen, Sachlichkeit und Nüchternheit. Verantwortungsethik rangiert vor der Gesinnungsethik. Ein Politiker muss Partei ergreifen, muss ordnen und gestalten wollen. Guter Wille und moralische Unbescholtenheit alleine reichen nicht aus. Max Weber hat Recht: Politik heißt das Bohren dicker Bretter. Der Rat von Fachleuten ist wichtiger geworden, weil die Zusammenhänge vielschichtig, kompliziert und undurchschaubarer geworden sind. Allerdings ist ihr Rat auch wohlfeiler geworden.

Wer sich einer Partei anschließt oder gar für sie ein Mandat anstrebt, sollte auf seine Unabhängigkeit achten. Er oder sie sollte etwas gelernt haben, sich im Beruf bewährt haben, sich zuvor beruflicher Unabhängigkeit versichern. Vorsicht vor Leuten, die sich unmittelbar nach ihrem Studium entschließen, Politiker zu werden.

Auf „Politiker werden“ sollte man auf keinen Fall studieren. Schon gar nicht hier in Heidelberg. Man sollte ein Fach studieren, zu dem man sich befähigt fühlt, so intensiv und vielseitig wie nur möglich. Hier in Deutschland und zumindest für einen Studienabschnitt auch im Ausland. Man sollte ein Fach studieren, das einem Spaß macht, und man sollte es mit dem Ziel studieren, einen Beruf ergreifen und für sich und die Seinen sorgen zu können.

Wenn das Ziel der Politik der Friede ist, muss das Ziel der Politik das Gemeinwohl sein, das heißt das allgemeine Beste, das bonum commune, der gerechte Ausgleich der Interessen. Jeder muss für sich sorgen können, und der Staat muss dafür sorgen, dass er das kann. Er muss die Rahmenbedingungen vorgeben. Und wer sich selbst nicht helfen kann, weil er krank oder behindert, noch zu jung oder schon zu alt ist, muss Hilfe erfahren, so lange er diese Hilfe braucht. „Keiner darf verloren gehen.“ (Konrad Adenauer) Soziale Gerechtigkeit zu

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sichern, gehört zu den vornehmsten aber auch herausforderndsten Pflichten der Politik. Wir dürfen uns mit dem Erreichten nie zufriedengeben.

Warum habe ich Ihnen das alles vorgetragen – und Sie hoffentlich damit nicht gelangweilt? Nicht um Ihnen vom Beruf des Politikers abzuraten, der mich mehr als fünfzig Jahre erfüllt und keineswegs enttäuscht hat, aber um Ihnen abzuraten, zu studieren, um Politiker zu werden. Nicht um Politiker zu werden, es aber gegebenenfalls werden zu können, sollte man Geschichte studieren.

Werden Sie Politiker, wenn Sie das Zeug dazu haben. Kein Beruf braucht dringender exzellenten Nachwuchs. Aber studieren Sie zunächst und bereiten Sie sich auf einen Brotberuf vor. Nutzen Sie die Chance, die Ihnen auch gerade heute ein Studium an der Universität Heidelberg bietet. Und wenn ich Ihnen einen Rat geben darf: Studieren Sie Geschichte und Politische Wissenschaft. „Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Zukunft nicht in den Griff bekommen“, sagt zu Recht Golo Mann. „Geschichtslosigkeit führt in die Barbarei“, sagt Jacob Burckhardt.

Weil – um zum Ende noch einmal an Heinz-Rudolf Kunze zu erinnern – der eigene Weg erst beim Gehen entsteht, muss man auf die Wegweiser achten und in jeder Kreuzung ein Stück Endgültigkeit erkennen.